Freitag, 2. Januar 1925 73. Jahrgang Nr. 3

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Einheitsbrot	0,50	Wasser ... cbm	0,17
Milch	0,36	Reichsindex	122,8
Briketts Keller Ztr	1,53	Strassenbahn	0,15
Gaskoks Keller Ztr	2,22	Hochbahn II.0,25, III	0,15
Stromo Grundgeb	0,16	Stadtbahn II.0,25, III	0,15
Gas ... cbm	0,16	Omnib Teil 0,15, g Str.	0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zufuhr in Wild und Geflügel reichlich — **Preise wenig verändert**

Rehwild 0,40—2,40, Rotwild 0,35 bis 1,70, Damwild 0,40—1,75, Schwarzwild 0,30—1,60 d. Pfd., Hasen im Fell 8,00—9,50 d. St., gestreift 1,20 bis 1,30 d. Pfd., Kaninchen gestreift 0,90 bis 1,10, Gänse 1,30—2,00, Hühner geschlachtet 1,25—1,50, Enten 1,30 bis 1,80, Tauben 0,80—1,10, Butter 1,90 bis 2,50, Margarine 0,60—1,00, Zwiebeln 0,12—0,18 d. Pfd., Eier 0,15—0,22 d. St.

Tel. 0,15, ausw. n Zon. u. Zeit	Telegr. d. Wort Berlin 0,075
Rohrpostk. 0,26,-brief 0,40	Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Postk. 0,03, F u Oest. 0,05	Ndrl., Schweiz 0,15, Frankr. 0,16
Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung. 0,15	Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern- u Oest. 0,10	Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,30, Tschech. u. Ung. 0,25	Russl. 35—41, Ver. Staat. 125-295

Schluß mit der Regierungskrise!

Keine weitere Verschleppung – wir brauchen eine verhandlungsfähige Regierung!

Reichskanzler Marx wurde Silvester und heute vormittag vom Reichspräsidenten Ebert empfangen. Reichspräsident und Kanzler erwogen noch einmal eingehend die Möglichkeiten einer Lösung der Regierungskrise. Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht getroffen worden, und es ist leider kaum zu erwarten, daß eine Klärung unmittelbar bevorsteht. Reichskanzler Marx will seine Bemühungen in der Richtung fortsetzen, wie er bereits im Dezember die Bildung einer Regierung versucht hat.

*

Wir haben bereits in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig eine rasche Klärung in der Frage der Regierungsbildung ist. Wir halten an dieser Forderung fest. Angesichts der kommenden Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone brauchen wir nicht eine geschäftsführende, sondern eine amtierende Regierung. Eine Regierung, die durch eine breite parlamentarisch-politische Basis stark genug ist, diese Verhandlungen mit Erfolg zu führen, und die Vertrauen im Ausland besitzt. Wir sehen auch nach wie vor in einer Regierung der Mitte die einzig mögliche Lösung, die sowohl dem Ergebnis des Wahlkampfe, als auch dem außenpolitischen Interesse der Nation entspricht. Ist die Deutsche Volkspartei noch immer verantwortungslos genug, um sich an einer solchen Regierung nicht zu beteiligen, dann soll man da die Volkspartei auch vor der Verantwortung einer reaktionären Minderheitsregierung kneift, ohne sie mit Entschlossenheit vor den Reichstag treten und die Verhandlungen mit den allierten Mächten aufnehmen. Offenbar will man die außenpolitische Entwicklung der nächsten Tage, die Botschafter-Note abwarten, um so die Möglichkeit zu lassen, daß man sich zusammenschließt, wo es gilt, „durch eine gute Innenpolitik die beste Außenpolitik" zu machen Eine solche Entscheidung dürfte auch im Sinne der 2 310 00 Deutschen liegen, die in der Kölner Zone auf ihre Befreiung von dem Druck der Besatzung warten.

*

Im Reichstag herrschte heute noch völlige Ruhe. Nur wenige Abgeordnete waren im Hause erschienen. Die Fraktionen treten am Montag zusammen. Nur die Bayerische Volkspartei hält bereits am Sonntag nachmittag ihre erste Sitzung ab. Im Plenarsaal ist man noch mit der Verteilung der Sitze an die Fraktionen beschäftigt. Bauliche Veränderungen sind im Sitzungssaal noch nicht vorgenommen worden. Durch Aufstellung neuer Sitze soll bis Montag Raum für den vergrößerten Reichstag geschaffen werden.

Der Neujahrsempfang im Pariser Elysée

Die Ansprachen des Nuntius Ceretti und des Präsidenten Doumergue – Für ein friedliches Jahr

Paris, 2. Januar. (W. T. B.)

Bei dem Neujahrsempfang des diplomatischen Korps durch den Präsidenten der Republik, Doumergue, hielt der Doyen, Nuntius Ceretti, eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß der Friede eine der wesentlichsten Bedingungen des Glückes der Völker sei und daß man noch mehr als im vorigen Jahre diesen wahren Frieden herbeisehne, den Frieden, der begründet sei auf der Gerechtigkeit und Achtung des Rechts eines jeden einzelnen. Nach sechs Jahren sei es nicht überraschend, daß der gute Wille der Menschen, der bis jetzt nicht gefehlt habe, noch nicht den vollkommenen Frieden habe bringen können und der Friede noch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert sei, die Geister und Herzen beherrsche.

Jedoch hatten die Anstrengungen der menschlichen Solidarität bereits ihre Früchte gezeitigt, so daß es scheine, daß der Friede nach und nach wieder in der Welt einziehen wolle.

Es bleibe jedoch noch viel zu tun, und wenn alle Ruinen wieder hergestellt seien, müsse man trotz aller Schwierigkeiten am Fortschritt weiterarbeiten. Man müsse in der Welt jenen Geist der Solidarität und der Zusammenarbeit und, besser gesagt, der Nächstenliebe, d. h. der gegenseitigen Liebe, die so segensreich gewesen sei, entwickeln, und da der wahre Fortschritt, der das Glück der Individuen und der Völker ausmache, nicht nur von materiellen Kräften, sondern viel mehr von den geistigen und moralischen abhänge, müsse man wünschen, daß jeder Tag mehr die Beziehungen der Völker untereinander mit diesen Idealen durchdringen werde.

Der Präsident der Republik, Doumergue, erklärte in seiner Erwiderung, es gebe keine berechtigteren Neujahrswünsche als die, die der Nuntius soeben ausgesprochen habe. Denn alle Völker sehnten jenen wiedergutmachenden Frieden herbei, der das Ende einer zu langen Periode der Prüfungen sein müsse. Man müsse den Frieden in internationalen Abkommen befestigen und den so fruchtbaren Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit nutzbar machen, damit die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den unabhängigen Völkern nicht zu blutigen Konflikten führten.

Man müsse allen Nationen die unerläßliche Sicherheit für ihre Entwickelung geben und die Achtung vor den Verträgen, die die politische und wirtschaftliche Charta der Welt seien, sicherstellen.

Das sei das Ideal Frankreichs, das Ideal, dessen Verwirklichung es entschlossen weiter verfolge. Um sich mit Sicherheit gegen mögliche Konflikte zu schützen, sei es notwendig, daß jede Regierung an dieser Aufgabe aufrichtig mitarbeite, indem sie entschlossen für sich eine Friedenspolitik betreibe. Frankreich habe die Ueberzeugung, im Laufe des abgelaufenen Jahres nach dieser Richtung ein Beispiel gegeben zu haben, indem es sich bemüht habe, die Frage, die seine größten Interessen berührte, in einem Geiste des Entgegenkommens, der Gerechtigkeit und der menschlichen Solidarität zu lösen. Frankreich habe das Recht darauf, zu hoffen, daß seine Bemühungen nicht vergeblich bleiben würden.

*

Wien, 2. Januar. (W. T. B.)

Anläßlich des Neujahrsfestes fand gestern ein feierlicher Empfang des gesamten diplomatischen Korps durch den Bundespräsidenten Dr. Hainisch statt. Die Missionschefs, die dem Bundespräsidenten ihre Neujahrswünsche aussprachen, waren bei diesem Anlaß von dem diplomatischen Personal ihrer Mission begleitet.

Prag, 1. Januar. (W. T. B.)

Der Präsident der Republik nahm heute auf der Burg die Neujahrsglückwünsche entgegen, die für das diplomatische Korps als Doyen der päpstliche Nuntius, Monsignore Marmaggi, für das Abgeordnetenhaus und den Senat die beiden Präsidenten aussprachen. Beide Präsidenten wiesen in einem Ueberblick über die geleistete gesetzgebende Arbeit auf die Konsolidierung der Republik in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hin. Ministerpräsident Svehla hob bei der Erwähnung der äußeren Politik die Annahme des Dawes-Planes und des Genfer Protokolls hervor. Das sei ein Beweis für die Sehnsucht nach Sicherung des Friedens und der Ruhe.

Der Präsident der Republik, Masaryk, führte in seiner Antwort u. a. aus, die innere Konsolidierung habe eine Harmonie der inneren und der äußeren Politik herbeigeführt. Der Krieg habe bewirkt, daß die auswärtige Politik in der Tschechoslowakei in der ersten Zeit insofern ein Uebergewicht hatte, als es sich gerade darum gehandelt habe, den neuen Staat in den europäischen Areopag der Völker einzuführen und seine Stellung in ihm zu festigen. Die Sorge um die wirtschaftliche und soziale Hebung aller Schichten und Teile der Bevölkerung sei das Problem aller Parteien. Schließlich sprach der Präsident die Hoffnung und den Wunsch aus, die innere Konsolidierung der Republik möge durch Gewinnung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Sprache, der Nationalität und des Bekenntnisses für den gemeinsamen Staat erreicht werden.

Katz in Wien verhaftet

Wien, 1. Januar.

Der deutsche Kommunistenführer Iwan Katz, der sich seit einigen Tagen unter dem falschen Namen Ulrich Kanner hier aufhielt, wurde am 31. Dezember angehalten, als er einen auf diesen Namen lautenden gefälschten Reisepaß bei einer hiesigen Paßstelle zur Visierung einreichte. Nach Abschluß der Erhebungen wurde Katz dem Landesgericht eingeliefert.

Das diplomatische Korps beim Reichspräsidenten.
Der päpstliche Nuntius Pacelli (1), der englische Botschafter Lord d'Abernon (2) und der mexikanische Gesandte General O'Rubio.

Schnelldienst

Der italienische Hof und die Aristokratie von Rom beschlossen, während des Heiligen Jahres keine Bälle abzuhalten.

Lord Sir Robert Cecil ist am 1. Januar im Weißen Hause vom Präsidenten Coolidge empfangen worden und hat mit ihm über Völkerbundsangelegenheiten gesprochen.

Eine amtliche Meldung besagt, daß der Belagerungszustand in Brasilien bis zum 30. April verlängert wird.

Den „Danziger Neuesten Nachrichten" ist das polnische Postgebiet infolge der angeblich feindlichen Einstellung des Blattes gegenüber Polen entzogen worden.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Konstantinopel hat die türkische Regierung die einzige britische Zeitung in der Türkei, die „Orient News", ohne Angabe von Gründen verboten.

Der englische Premierminister Baldwin ist gestern nach London zurückgekehrt.

Barmat und die Staatsbank

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft

Die Ermittlungen zur Aufklärung der Barmat-Affäre haben, wie wir schon mitteilten, ergeben, daß zwischen dem Barmat- und dem Kutisker-Konzern keine Verbindungen bestanden haben Es handelt sich auch bei dem Barmat-Konzern wieder **um Geschäfte mit der Seehandlung.**

Der Barmat-Konzern umfaßte, wie jetzt feststeht, **46 Gründungen in Berlin, in der Provinz und im Reich.** Einige davon sind mehr oder weniger **Luftgründungen.** So wurde an einer Stelle festgestellt, daß nicht einmal die Wächter wußten, ob überhaupt gearbeitet werde. Aber auch solche Werke dienten dazu, dem Konzern bei der Seehandlung Kredite zu verschaffen. Mit jedem neuen Kredit wurden neue Gründungen ins Leben gerufen. Die Aktien wurden durch Börsenmanöver hinaufgeschraubt und dienten dann wieder als Unterlagen für Kredite. Ihr Wert entsprach lange nicht den Beträgen dieser Kredite. Die Behauptung von anderer Seite, daß die Verhaftungen die Lohnzahlungen an 18 000 Angestellte und Arbeiter verhindert hätten, trifft nicht zu. Es sind so viele leitende Personen auf freiem Fuße belassen worden, daß die Betriebe aufrechterhalten und die Löhne gezahlt werden konnten.

Die Vernehmungen der bisher vorläufig Festgenommenen wird so beschleunigt, daß in möglichst kurzer Zeit der Grad der Schuld festgestellt werden kann. Die minder Schuldigen werden, sobald die Verdunklungsgefahr beseitigt ist, wieder freigelassen und den Betrieben zurückgegeben werden.

Verschiedene Verteidiger haben bereits Anträge auf Haftentlassung gestellt. Diese sind aber bisher alle von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Für die Seehandlung besteht zwar das Interesse, daß die Betriebe arbeiten, weil sie sonst nicht zu ihrem Gelde kommen kann. Andererseits aber hat sie auch das Risiko, daß bei vorzeitiger Entlassung von Schuldigen Gelder beiseite geschafft werden können, die ihr dann verloren gingen.

*

Verschiedene Blätter kritisieren das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in doppelter Hinsicht. Einmal wirft man ihr vor, mit einem zu großen Stabe bei den Verhaftungen der Gebrüder Barmat vorgegangen zu sein, zum anderen kritisiert man ihre amtliche Zurückhaltung. Beide Angriffe scheinen uns verfehlt. Ergab sich gegen die Inhaber des Barmat-Konzerns auf Grund der Feststellungen in der Staatsbank ein schwerwiegender Verdacht, — eine Korrespondenz berichtet von den Delikten des Betruges und der Erpressung — so mußte bei der vorzunehmenden Verhaftung mit allen Vorsichtsmaßregeln vorgegangen werden. Denn gerade im Falle einer Flucht der Beschuldigten hätte sich die Staatsanwaltschaft den Vorwurf zugezogen, nicht die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen und die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel angewendet zu haben. Solange die Gefahr der Verdunkelung besteht, kann die Staatsanwaltschaft nicht mit den Ergebnissen ihrer Untersuchung herausrücken. Es wäre allerdings dann auch dringend erwünscht, daß nicht von einigen Korrespondenzen Material verhökert wird, das sich auf verschiedene Einzelheiten der Vernehmungen stützt, wobei aber die Phantasie dann noch freien Spielraum hat. Wir haben bisher lediglich die Mitteilungen einer polizeioffiziösen Korrespondenz verwendet und erwarten, daß die Staatsanwaltschaft redet, sobald es die Umstände gestatten werden.

In einigen Blättern der Rechten wird versucht, den ganzen Fall Barmat gegen die Sozialdemokratie auszuschlachten. Wir glauben allerdings, daß einige Persönlichkeiten der Sozialdemokratie sich mit Herrn Barmat schwer kompromittiert haben. Dieses Malheur aber teilen sie mit einigen Zentrumsanhängern und verschiedenen gegenwärtigen und früheren Staatsbeamten, deren deutschnationale Gesinnung kaum anzuzweifeln ist. Nichts wäre verfehlter, als die Angelegenheit Barmat zu einer Parteiangelegenheit zu stempeln. Barmat war bei Ausbruch der russischen Revolution Kommunist und bot sich der holländischen Regierung als bolschewistischer diplomatischer Vertreter an, wurde aber abgewiesen. Er bekannte sich dann plötzlich als Sozialist, und nach jener Zeit haben wir sein Geschäftsgebahren bekanntlich in der „Berliner Volkszeitung" scharf kritisiert, weil er seine Parteibeziehungen zu großen Privatgeschäften benutzte. Wir haben in ihm nie etwas anderes als einen Geschäftssozialisten gesehen und die sozialistischen Führer vor ihm gewarnt. In